

# Stellungnahme zur Innenstadtentwicklung in Bremen

---

Die Innenstadt ist für Bremen und die Bremerinnen und Bremer ein besonderer Teil der Stadt. Sie ist Identifikationsort und steht mit ihren Wahrzeichen und dem historischen städtebaulichen Ensemble um Marktplatz, Dom und Schnoor auch bei Touristinnen und Touristen im Fokus der Wahrnehmung. Gleichzeitig werden weite Teile der Innenstadt, etwa im Umfeld von Obern-, Söge- und Martinistraße, dieser Rolle als Aushängeschild städtebaulich wie auch wirtschaftsstrukturell nicht gerecht. Die Arbeiterkammer Bremen begrüßt daher, dass nun an mehreren Stellen konkrete Schritte unternommen werden sollen, die City aufzuwerten und Investoren bereit sind, Geld in die Hand zu nehmen. Wir freuen uns, dass wir heute hier die Gelegenheit zur Stellungnahme haben, denn Arbeitnehmerinteressen sind in der Vergangenheit bei ähnlichen Planungsprozessen leider wenig berücksichtigt worden.

Die Arbeiterkammer setzt in ihrer Stellungnahme zwei Schwerpunkte: die Positionierung der Innenstadt für qualitativ hochwertige Arbeit sowie die möglichen Effekte der geplanten Maßnahmen auf die Arbeitsbedingungen im Einzelhandel. Diese beiden Punkte werden im Folgenden näher erläutert.

## **Nachhaltige Positionierung der Innenstadt als Ort für hochwertige Arbeit**

Die City ist einer der wichtigsten Arbeitsorte in Bremen. Im Ortsteil Altstadt arbeiten allein in der Privatwirtschaft fast 28.700 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Dies sind mehr als 11 Prozent aller Bremer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Arbeitsplatzdichte im privaten Sektor entspricht somit 293 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten je Hektar, einem mit Abstand deutlich höherem Wert als in klassischen Gewerbegebieten am Stadtrand. Arbeit in der Innenstadt findet vor allem etwa in Banken und Versicherungen, in der Gastronomie, in Arztpraxen und Anwaltskanzleien sowie natürlich im Einzelhandel statt. Hinzu kommen selbstverständlich noch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Diese Branchenvielfalt gilt es auszubauen. Im Sinne des städtebaulichen Leitbilds der „Produktiven Stadt“ bedeutet dies, dass aktuelle Impulse aus wachstumsstarken wissensintensiven Dienstleistungen, wie dem IT-Bereich Ingenieur- und Architektenbüros oder auch der Kreativwirtschaft, für die Entwicklung der Innenstadt aufgegriffen werden sollten. Hierfür bedarf es einerseits geeigneter Maßnahmen durch Politik und Wirtschaftsförderung, die notwendigen Strukturen zur Ansiedlung kreativer und wissensintensiver Dienstleister zu schaffen.

Andererseits sind flankierende Maßnahmen nötig, um die Innenstadt für junge und kreative Milieus attraktiv zu machen. Konkret bedeutet dies, dass die City auch als Wohnstandort für breite Schichten, aber insbesondere auch für junge Menschen entwickelt werden muss. In diesem Sinne steht die Arbeiterkammer auch der Diskussion um die Innenstadt als Standort für Hochschulinstitute und Wohnheime für Studierende und Auszubildende ausgesprochen positiv gegenüber. Von mehr Anwohnern würde nicht zuletzt auch der Einzelhandel profitieren. Allerdings ist hier noch einiges zu tun, denn nach Ladenschluss ist die City zwischen Brill und Sögestraße heute nahezu menschenleer, da die 3.500 Einwohner der Altstadt nämlich in der Regel nicht hier, sondern im Stephaniviertel, am Wall oder im Schnoor wohnen.

Ein lebendiger Stadtteil kann nur funktionieren, wenn seine Bewohner und Besucher die Möglichkeit haben, sich den Stadtteil etwa durch die Nutzung kultureller Angebote, durch Nachbarschaftsinitiativen oder jugend- und subkulturelle Nutzungen anzueignen. Entsprechend müssen auch hier geeignete Voraussetzungen und Strukturen erhalten und entwickelt werden.

#### **Entwicklung darf nicht zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehen**

Auch wenn die Diversifizierung und Nutzungsmischung bei der Umgestaltung der Innenstadt im Vordergrund stehen sollte – die Attraktivierung des Einzelhandels ist hierbei natürlich ein wichtiger Baustein. Eine Erweiterung des Angebots darf aber nicht zu Lasten der inhabergeführten Geschäfte und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Einzelhandel erfolgen.

Dass der Einzelhandel - unter anderem durch die zunehmende Bedeutung des Online-Handels - bereits jetzt unter erheblichem Konkurrenzdruck steht, ist mittlerweile offensichtlich. Der stationäre Einzelhandel könnte aber seine Wettbewerbsposition deutlich stärken, zum Beispiel durch eine bessere Online-Präsenz. Häufig fehlt es aber gerade den kleineren Geschäften an Know-how oder Geld, um dies auch effektiv umzusetzen. Neben allen anderen Maßnahmen zur Aufwertung der City muss daher auch der Online-Auftritt der Bremer Innenstadt verbessert werden. Dies erfordert eine entsprechende Unterstützung von der Politik.

Darüber hinaus ist es wichtig, dass eine Erweiterung des Einzelhandelsangebots unbedingt mit Augenmaß erfolgt. Als vor fast zehn Jahren das Zentren- und Nahversorgungskonzept erstellt wurde, kam man zu dem Ergebnis, dass nur 16 Prozent der Bremer Einzelhandelsfläche in der Innenstadt angesiedelt ist. Dieser Befund wurde damals massiv beklagt. Tatsächlich ist dieser Anteil mittlerweile auf 15 Prozent gesunken – und das, obwohl die Verkaufsfläche insgesamt um 9 Prozent zugenommen hat und Bremen mit 1,69 Quadratmetern pro Einwohner über deutlich mehr Verkaufsfläche verfügt als andere Städte in vergleichbarer Größenordnung. In Dortmund sind es beispielsweise 1,52 Quadratmeter, in Hannover 1,58 Quadratmeter.

In quantitativer Hinsicht herrscht in Bremen insgesamt also kein Mangel an Verkaufsfläche. Allerdings verfügt die Stadt über große Einkaufszentren an Sonderstandorten, wie beispielsweise die Waterfront mit ihren 44.000 Quadratmetern oder auch den Weserpark mit fast 70.000 Quadratmetern. Der Weserpark hat erst 2014 sein Angebot erheblich erweitert, indem 60 Geschäfte und 12.000 Quadratmeter Verkaufsfläche hinzugekommen sind. Begründet wurde dies damit, dass es vorher bereits entsprechende Zuwächse an anderen Einzelhandelsstandorten gab. Würde die Innenstadt versuchen, ihre Attraktivität ausschließlich über ein hemmungsloses Flächenwachstum zu stärken, würde dies ein weiteres „Wettrüsten“ an Verkaufsfläche provozieren und den Wettbewerb im Einzelhandel verschärfen. Erfahrungen aus anderen Städten haben zudem gezeigt, dass der Bau neuer, innerstädtischer Einkaufszentren zu einer Verödung von Fußgängerzonen führen kann. Dies ist sicherlich keine Entwicklung, die wir uns für die Bremer Innenstadt wünschen und die auch nicht im Sinne des Einzelhandels sein kann.

Ein Verdrängungswettbewerb hätte aber nicht nur Folgen für die Einzelhandelsstruktur in der City, sondern auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in dieser Branche. Der starke Wettbewerb im Einzelhandel, der durch den Verkaufsflächenzuwachs noch verschärft wurde, war bereits in den vergangenen Jahren mit dafür verantwortlich, dass beispielsweise die Tarifbindung abgenommen hat und Personaldecken ausgedünnt wurden, indem Vollzeit- durch Teilzeitstellen ersetzt wurden. Ein besonders frappierendes Beispiel liefert hier der Einzelhandel mit Textilien, Schuhen, Schmuck und ähnlichem, also Produkten, die vornehmlich in der Innenstadt, aber auch in der Waterfront und im Weserpark angeboten werden. Hier hat sich in den vergangenen zehn Jahren der Anteil an Vollzeitstellen von fast 40 Prozent auf gut 30 Prozent im Jahr 2017 verringert, obwohl die Beschäftigung insgesamt zugenommen hat. Erschwerend kommt hinzu, dass die Einzelhändler auch vermehrt dazu übergehen, Teilzeitstellen mit sehr geringen Stundenkontingenten zu vergeben. Betriebsräte von H&M berichten beispielsweise von Verträgen mit einem Umfang von zehn Stunden. Von freiwilliger Teilzeitbeschäftigung kann hierbei sicherlich kaum gesprochen werden und dass man mit diesen Jobs kein existenzsicherndes Einkommen erzielen kann, versteht sich von selbst.

Damit die Beschäftigungsverhältnisse in dieser Branche nicht noch zusätzlich unter Druck geraten, muss eine Angebotserweiterung des Einzelhandels in der Innenstadt mit Fingerspitzengefühl vorgenommen werden und nur dort erfolgen, wo tatsächlich noch Bedarf besteht.

### **Berücksichtigung von Arbeitnehmerinteressen bei der Planung**

Aus Sicht der Arbeiterkammer ist es unstrittig, dass die Innenstadt in Bremen aufgewertet und attraktiviert werden muss, um weiterhin ihrer Rolle als Aushängeschild Bremens gerecht werden zu können. Politik und Verwaltung müssen aber dafür Sorge tragen, dass die Projekte in der Innenstadt gemeinsam mit den Investoren und anderen

Interessenvertretern, wie beispielsweise den Kammern und Beiräten umgesetzt werden. Wie eingangs schon erwähnt, ist es bislang keine Selbstverständlichkeit, dass Arbeitnehmerinteressen bei diesen Planungsprozessen berücksichtigt werden. Die Arbeitnehmerkammer fordert daher, dass Arbeitnehmervertreter im Rahmen der anstehenden Konzeptionierung zur Innenstadtentwicklung nicht nur gehört, sondern auch beteiligt werden.

---

**April 2018**

---

**Dr. Marion Salot**

Arbeitnehmerkammer Bremen  
Referentin für regionale Wirtschaftspolitik  
salot@arbeitnehmerkammer.de

---

**Dr. Dominik Santner**

Arbeitnehmerkammer Bremen  
Referent für Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik  
d.santner@arbeitnehmerkammer.de

---